Deutsches Reich.

Oldenburgische Wahlrechtsexperimente.

In der Freitagsitzung des oldenburgischen Landtages wurde die Abänderung des Staatsgrundgesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Danach gelten folgende Vorschriften:

1. Die Abgeordneten werden durch allgemeine, unmittelbare und geheime Wahlen gewählt.

2. Wählbar ist jeder Deutsche, der zurzeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Jahren im Großherzogtum seinen Wohnsitz hat.

3. Alle fünf Jahre findet Neuwahl statt.

4. Das Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetz betreffend Wahl der Abgeordneten zum Landtage in Kraft.

Also allgemein, geheim und unmittelbar — aber nicht gleich. Anscheinend soll damit der Einführung des Pluralwahlunrechts Tor und Tür geöffnet werden.

Die Folgen von Tarifreformen.

Die Einnahmen der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft sind in diesem November so schlecht gewesen wie fast noch nie. Denn sie weisen im Verhältnis zum Vorjahre einen Rückgang um fast 7,3 Millionen Mark oder 4,53 Proz. auf. Der Ausfall des laufenden Etatsjahres hat im Verhältnis zum Vorjahr bereits die Höhe von 19,58 Mill. M. erreicht. Die Einnahmen werden somit bedeutend hinter dem Etatsanschlage zurückbleiben. Der ganze Rückgang entfällt auch in diesem Monate ganz allein auf den Güterverkehr, und zwar beträgt er im November dieses Jahres fast 7,7 Mill. M. Ein solches Sinken der Einnahmen im Güterverkehr kann, wie es von offiziöser Seite versucht wird, nicht damit erklärt werden, daß der Monat November in diesem Jahre für den Teil der Monarchie, in dem das katholische Fest Allerheiligen gefeiert wird, einen Werktag weniger als im Vorjahre hatte. Der Rückgang der Gütereinnahmen seit dem Anfang des laufenden Rechnungsjahres hat jetzt die Höhe von 34 Mill. M. erreicht, dem eine Zunahme der Einnahmen aus dem Personenverkehr von 11,8 Millionen Mark gegenübersteht.

Die Ermäßigung des Briefportos von Deutschland nach den Vereinigten Staaten.

Anscheinend offiziös schreibt die Köln. Ztg.: Die Reichspostverwaltung sieht sich nun gezwungen, die mit 10 Pf. für Amerika frankierten Briefe von der raschesten Beförderung über Frankreich, Belgien und England auszuschließen und nur mit deutschen Postdampfern zu befördern. Bisher wurden nur 40 Proz. aller Briefe auf diese Weise transportiert. Der Grund des Vorgehens der deutschen Reichspostverwaltung liegt in den Transitgebühren, die nach dem Weltvertrag zugunsten der Länder erhoben werden, die Briefe zwischen dem Lande des Absenders und des Empfängers passieren lassen müssen. Der Einnahmeausfall dürfte bei der Verallgemeinerung der Herabsetzung des Briefportos für Deutschland über eine Million ausmachen. Den Wünschen nach einer Verbilligung des Briefportos nach der Schweiz und nach England stehen noch mancherlei Schwierigkeiten entgegen.

Zur bayrischen Steuerreform.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben der Regierung zum Einkommensteuertarif einen Abänderungsantrag gestellt, nach dem Einkommen bis 3000 M. erheblich niedriger besteuert werden als in dem Gesetzentwurf. Bei einem Einkommen von 4000 M. erreicht der sozialdemokratische Antrag den Steuersatz der Regierungsvorlage, läuft bis 5000 M. mit dem Regierungsentwurf parallel und steigt dann progressiv bis zu einem Steuersatz von 6 Proz., der bei einem Einkommen von 220 000 M. erreicht wird, während der Höchstsatz der Regierung mit 4,51 Proz. abschließt.

Verschwendung bei der Marine.

In der Halbmonatsschrift Fortschritt macht der Reichstagsabgeordnete Leonhardt bemerkenswerte Mitteilungen über die unsinnige Verschwendung, die auch bei der Marine, besonders während der „Kieler Woche", betrieben wurde. Er tadelt, daß in der Marine ein zu großes Wohlwollen gegenüber persönlichen Verhältnissen herrsche, welches zugunsten des Einzelnen zu wenig Rücksicht auf den Geldbeutel des Staates nimmt. So würden große Torpedoboote als Fahrzeuge zum persönlichen Gebrauch einzelner Flaggenoffiziere in Dienst gehalten mit großen Kosten, wobei fast ausschließlich repräsentative Zwecke in Frage kämen. Dienstliche Kommandierungen zur „Kieler Woche" ließen sich auch mit einer Erhöhung der Kriegsbereitschaft kaum in Verbindung bringen. Wer die Freuden dieser „Sport- und Spiel-Woche" genießen wolle, solle sich zu diesem Zweck beurlauben lassen. Der Verfasser ironisiert das Gerede von der angeblich politischen Bedeutung der „Kieler Woche" und fährt fort: „Wenige ahnen, was uns diese Tage kosten, nicht nur an Farbenanstrichen, von denen jeder neue die Masse der brennbaren Stoffe im Schiffe in gefährlicher Weise vergrößert. Ueberhastete, vom Repräsentationsdienst unterbrochene Reparaturen und Reinigungen wirken schädlicher. Das Elektrikerpersonal darf seine Aufmerksamkeit nicht auf die Instandhaltung der Gefechtsapparate konzentrieren, es hat genug mit der Illumination zu tun, die, gleichfalls, nur repräsentativen Zwecken dienend, der Nation Hunderttausende kostet. Viele Tausende werden an so einem Illuminationsabend verpufft in buntfarbigen Leuchtkörpern. Und es sind reglementsmäßige, für den Krieg bestimmte Sternsignale, welche man in verschwenderischer Weise verfeuert. Es sind öffentliche Gelder, die da verfeuert werden, zu denen jeder Familienvater sein mühsam abgespartes Scherflein beigetragen hat. Und ihre Verwendung dient nur dazu, um einem geringen Bruchteil der Nation eine Augenblicksfreude zu bereiten. Das sollte aufhören, nachdem das Märchen von der politischen Nützlichkeit der „Kieler Woche" so grausam zerstört worden ist.

Bremen auf dem Kriegspfade gegen Schulreformer.

Gegen den Bremer Lehrer Heinrich Scharrelmann, der erst neulich auf dem Wege des Disziplinarverfahrens wegen eines in der Bremer Zeitschrift „Roland" veröffentlichten Artikels zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden war, ist jetzt vom Senat ein neues Disziplinarverfahren eingeleitet worden, und zwar mit dem Antrage auf Dienstentlassung. Die Anklage gründet sich auf einen neuen „Roland"-Artikel, in dem Scharrelmann die seinerzeit inkriminierten scharfen Ausdrücke aufrecht hielt und ferner erklärte, er könne sich an seine Dienstanweisung nur gebunden halten, solange er nicht in einen Konflikt mit seinem Gewissen komme.

Mit Heinrich Scharrelmann würde Bremen einen der wenigen Lehrer verlieren, die über die schlimme und erschreckende Mittelmäßigkeit der anderen weit hinausragen. Aber in Bremen ist es wie anderwärts auch. Nur die selbstzufriedene Mittelmäßigkeit ist den „Maßgebenden" lieblich und angenehm. „Umstürzler" können sich zum Teufel scheren.

Zum Falle Rödel

wird aus Mannheim berichtet:

Am Freitag wurden auf Weisung des großherzoglichen Oberschulrates in Mosbach der Kreisvertreter und sechs Konferenzvorsitzende des dortigen Kreises der badischen Lehrerorganisation dienstpolizeilich darüber vernommen, wer der Verfasser bezw. Veranlasser der Resolution sei, in der die Mosbacher Kreiskonferenz dem gemaßregelten Rödel Vertrauen und Solidarität bekundet und gegen das oberschulrätliche Vorgehen Protest eingelegt hatte. Trotz schärfster Inquisition soll das Ergebnis des Verhörs ein völlig negatives gewesen sein, da die Vernommenen jede Aussage in dem von der Behörde gewünschten Sinne verweigerten.

Der Versuch der Behörde, sich auf dem Wege der Denunziation und des Verrates der Lehrer an ihren Berufsgenossen und ihrem Führer die Möglichkeit zu schaffen, das Disziplinarverfahren gegen Rödel nun auf die auszudehnen, die seine Sache zu der ihrigen gemacht haben, wird von unserem Mannheimer Parteiorgan aufs schärfste als politisch unmoralisch gekennzeichnet. Die badische Regierung kompromittiert ihren „Liberalismus" immer schlimmer in dem Bestreben, die Kritik der Lehrerschaft an den unhaltbaren Zuständen der Volksschule zum Schweigen zu bringen.

„Herzogliche Angelegenheiten."

Zur Portofreiheit der Fürsten hat ein Leser aus Thüringen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung einen kleinen aber höchst erbaulichen Beitrag zur Verfügung gestellt, indem er schrieb: „Gelegentlich eines Sommeraufenthaltes in Thüringen nahm ich bei einer Schwägerin von mir, die in einer thüringischen Residenz ein aufgehendes Putzgeschäft besaß, für einige Tage Absteigequartier. Eines Morgens lief vom herzoglichen Hofmarschallamt, durch einen unteren Beamten überbracht, eine Bestellung auf einen besonderen Modestoff zum Drapieren von Kronleuchtern ein. Da der Stoff von einer ganz bestimmten Farbe sein mußte und nicht am Lager war, so wurde er, weil die Sache eilte, telegraphisch bestellt. Das geschah unter Benutzung der meiner Schwägerin zur Verfügung gestellten Depeschenformulare, die mit dem Siegel des Hofmarschallamtes versehen waren und die als solche Gebührenfreiheit besaßen. Die telegraphische Bestellung des Stoffes stellte somit eine herzogliche Angelegenheit dar und wurde vor allen anderen Telegrammen, auch wenn sie noch so wichtig waren, befördert.

Die Aera des Sparens beginnt!

Nach einem Erlaß des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes darf bei der Beschaffung von Stahlfedern (Schreibfedern) im Inlande künftig über den Höchstpreis von 1,20 M. für das Gros nicht hinausgegangen werden. Entgegenstehende Verträge sind möglichst bald zu ändern.

So spart man nach sächsischem Muster!

Eine Umänderung der Reichsfinanzreform? Im Reichsschatzamt ist man, wie die Magdeburger Zeitung zu wissen behauptet, der Auffassung, daß nach dem Ausfall der ersten Steuerdebatte und wegen der Aufnahme der Steuervorlagen in der Kommission ein Teil der bisherigen Steuerpläne aufgegeben werden müsse. Man will aber erst das vollständige Ergebnis der Kommissionsberatungen abwarten, ehe man mit etwaigen Ergänzungssteuern herauskommt.

Die neuen Versicherungsgesetze (Zusammenlegung der Invaliditäts-, Unfall- und Krankenversicherungsgesetze sowie das Gesetz über die Witwen- und Waisenversicherung) sollen, wie offiziös gemeldet wird, im Laufe des Monats Januar an den Bundesrat gelangen. Das vereinigte Versicherungsgesetz dürfte wohl eines der umfangreichsten Gesetze werden, das jemals geschaffen wurde; es wird aus annähernd 1500 Paragraphen bestehen.

Die preußische Beamtenbesoldungsvorlage. Die Berl. Pol. Nachr. drohen mit dem Scheitern der Beamtenbesoldungsvorlage in Preußen, wenn nicht eine Verständigung über die Deckungsfrage erzielt werde. Auf keinen Fall lasse sich die Regierung darauf ein, daß ihr die Mehreinnahmen nur auf bestimmte Zeit bewilligt werden.

Steuerpflicht der Zigaretten. Nach einer vom Finanzminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) getroffenen Entscheidung sind auch die Zigaretten, die von Zigarettenfabriken oder Zigarettengroßhandlungen unentgeltlich als Muster an Zigarettenkleinhändler versandt werden, nach den Bestimmungen des Zigarettensteuergesetzes und der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften zu verpacken; auf den Packungen ist ferner der Preis zu vermerken, zu dem die bemusterte Zigarettensorte im Kleinverkauf abgegeben werden soll, und die Packungen sind mit den diesem Preis entsprechenden Steuerzeichen zu versehen. Ob der Kleinhändler (der Empfänger der Mustersendung) die Zigaretten tatsächlich zu dem auf den Packungen angegebenen oder einem niedrigeren Preise weitergibt, oder ob er sie verschenkt oder selbst raucht, sowie ob er dem Versender den Fakturenpreis für die Zigaretten bezahlt oder nicht, ist ohne Einfluß auf die Steuerpflicht. Sind in einem Musterschächtelchen Zigaretten verschiedener Preislagen verpackt, so richtet sich die Höhe der Zigarettensteuer für eine solche Sendung nach dem Durchschnittswert, der sich aus den Kleinverkaufspreisen der einzelnen Zigaretten berechnet.

Nun behaupte noch ein frevelnder, es fehle im Reichsschatzamt an Kräften zur Lösung schwerwiegender und großer Probleme!

Landtagswahl in Lippe. Bei der Stichwahl am Freitag wurde im 2. Kreise der bisherige Abg. Schmuck (Soz.) mit 996 gegen 952 liberale Stimmen gewählt. In der Hauptwahl fielen 867 sozialdemokratische, 509 liberale und 340 konservative Stimmen. Im 7. Kreise siegte der Liberale mit 1460 gegen unseren Kandidaten, auf den 900 Stimmen entfielen. Bei der Hauptwahl wurden abgegeben: 1164 liberale, 807 konservative und 822 sozialdemokratische Stimmen. Unsere Partei hat also ein Mandat im Lippeschen Landtage.

Wieder eine Mittelstandspartei. Die Deutsche Mittelstandspartei hat sich gespalten, ein Teil ihrer Anhänger hat eine „Mittelstandsvereinigung für Handel und Gewerbe" gegründet. Die Ursache der Spaltung ist darin zu erblicken, daß der Vorstand der Deutschen Mittelstandspartei es ablehnte, eine Agitation gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer zu entfalten, um die Finanzreform nicht zu gefährden. Auch die neue Mittelstandspartei ist ihrem Wesen nach erzreaktionär.

Dernburg-Diamanten.

Dem Kolonialamt gingen aus Deutsch-Südwestafrika, als Probe der letzten dort gemachten Funde, 23 Rohdiamanten zu. Die Steine sind, wie der L.-A. der Welt kund und zu wissen tut, allerdings nicht groß, einzelne aber von sehr schönem Feuer und wassereiner Farbe, so daß der Laie im ersten Moment den Eindruck bekommt, er halte bereits geschliffene Steine in der Hand.

Die Diamantenmärchen werden immer bunter. Man kann die Südwestdiamanten nicht nur auf Wüstenspaziergängen „bequem auflesen", man erhält sie auch bereits geschliffen. Mehr kann man gewiß nicht verlangen. Es fragt sich nur, wie lange der Spaß dauern wird.

Kleine politische Nachrichten.

Aus Bern wird berichtet: Die erregt die Stimmung der beteiligten Kreise in Sachen des Mühlenkonfliktes noch immer ist, erhellt aus der Tatsache, daß 245 Mühlen an die Bundesregierung eine Petition richteten, worin die für die Schweizer Mühlenindustrie ruinösen Zustände zusammengefaßt sind und um beschleunigte Hilfeleistung ersucht wird. — Von Genf wurde wieder eine beträchtliche Anzahl tschechischer Zeitungen und Wochenblätter wegen der Boykottaufforderung gegen deutsche Kaufleute und Industrielle konfisziert. — Auf Befehl des interimistischen Befehlshabers des französischen Mittelmeergeschwaders auf Grund von Instruktionen des Marineministers handelt, ist die Subskription unter den Offizieren des Geschwaders zu dem Zweck, dem Admiral Germinet einen Ehrendegen zu überreichen, untersagt worden. Der Minister hatte erklärt, es könne nicht geduldet werden, daß eine solche Kundgebung zugunsten eines Führers stattfinde, gegen den eine Disziplinarmaßregel verfügt worden sei. — In Cheraller (Departement Saone et Loire) wurde bei der Kammerersatzwahl am Sonntag Ducarrouge von der Partei der vereinigten Sozialisten gegen den Radikalen Sarrien gewählt. — Die belgische Kammer bewilligte am Sonnabend bei der Beratung des Gesetzes über Arbeiterschiedsgerichte mit 62 gegen 29 Stimmen den Frauen das aktive und passive Wahlrecht. — Der portugiesische Ministerpräsident de Amaral überreichte am Sonnabend dem König die Demission des Gesamtkabinetts.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das handelspolitische Ermächtigungsgesetz.

Wien, 20. Dezember. Das Abgeordnetenhaus erledigte gestern das Ermächtigungsgesetz. Die Dringlichkeit für das Gesetz wurde mit 282 gegen 139 Stimmen genommen. Die Zweidrittelmajorität wurde nur mit zwei Stimmen überschritten, die Abstimmung mit größter Spannung verfolgt. Präsident Weiskirchner rief, als die Zweidrittelmajorität erreicht war: Gut ist's gegangen. (Stürmische Heiterkeit.) Ministerpräsident Baron Bienerth ließ sich während der namentlichen Abstimmung über die Ehren berichten. Eine Zeitlang war die Abstimmung zweifelhaft, die Verkündigung wurde mit Beifall begrüßt. Hierauf wurde die Ermächtigungsvorlage in allen Lesungen angenommen.

Belgien.

Die Kongofrage und die sozialistische Partei.

Der Generalrat der belgischen Partei hielt vor einigen Wochen eine Sitzung ab, in der es zu sehr erregten Debatten kam: über die Kolonialfrage im allgemeinen, über die Vertretung der sozialistischen Fraktion in dem für den Kongostaat bestimmten Kolonialrat im besonderen. Die Frage wurde unentschieden gelassen und es wurde beschlossen, im Dezember einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.

Zurzeit nehmen die einzelnen Föderationen hierzu Stellung. Dieser Tage hielt die Brüsseler Parteiorganisation eine geschlossene Sitzung zur Erörterung dieser Frage ab. Vandervelde legte eine Resolution vor, von der er sagte, daß de Brouckère sie mit unterzeichnen und daß Destrée sich ihr anschließen werde. Diese beiden Genossen waren neben Anseele die schärfsten Bekämpfer der Politik Vanderveldes.

Seine Resolution verwirft gemäß den Beschlüssen des internationalen Kongresses zu Stuttgart und in Uebereinstimmung mit den auf belgischen Parteikongressen gefaßten Beschlüssen die Politik der kapitalistischen Kolonisation. Sie überläßt ferner den politischen Parteien die volle Verantwortung für die Konsequenzen der Annexion und verlangt, daß jene, die von der kolonialen Expansion profitieren, auch die notwendigen Lasten tragen. Den sozialistischen Vertretern wird nur die Pflicht auferlegt, auf diesem Gebiete, wie auf allen anderen, bestehende Mißstände zu rügen, Verbesserungen vorzuschlagen, besonders die Verteidigungen der Eingeborenen und weißen Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung zu übernehmen.

Ganz unerwähnt bleibt in der Resolution die Frage der Vertretung der sozialistischen Fraktion im Kolonialrat. Das ist der springende Punkt. Hiergegen gerade richtete sich die lebhafteste Opposition in den Kreisen der Parteigenossen.

Vandervelde erklärt, daß die Frage nicht aktuell sei und deswegen ausscheiden könne. Die Partei solle sich aber nicht für alle Zeiten festlegen; es könnten Umstände eintreten, die es wünschenswert und notwendig erscheinen lassen könnten, die Partei im Kolonialrat vertreten zu sehen. Die Diskussion war ziemlich lang. Vaillant erklärte sich gegen die Resolution, die dann mit allen gegen 4 Stimmen und 14 Stimmenthaltungen (bei etwa 200 Anwesenden) zur Annahme kam.

Huysmans brachte noch folgende Resolution ein: Die Brüsseler Föderation ist der Meinung, daß der Generalrat (erweiterter Parteivorstand) darüber zu entscheiden habe, ob die Partei eventuell im Kolonialrat vertreten sein soll. Diese Resolution wurde mit allen gegen 2 Stimmen und 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Es ist zu erwarten, daß nach diesem Beschlusse auf dem kommenden Parteitage eine volle Einigung unserer belgischen Genossen herbeigeführt werden wird, um so mehr, als auch die Federation von Charleroi einer ähnlichen Resolution zugestimmt hat. —

England.

Der Achtstundentag für Bergarbeiter.

London, 20. Dezember. Das Oberhaus hat den vom Unterhause abgewiesenen Zusatzantrag, durch den das Inkrafttreten des Achtstundentages in den Gruben bis Juli 1910 verzögert werden sollte, gutgeheißen, so daß der Vorschlag nun Gesetz ist. Die Kammern treten am Montag um 2 Uhr in die Ferien.

Balkan.

Die türkische Deputiertenkammer.

Konstantinopel, 20. Dezember. In der gestrigen ersten Sitzung der Deputiertenkammer wurde eine 15gliedrige Kommission zur Beratung der Antwort auf die Thronrede gewählt. Hierbei traten scharfe Differenzen hervor, da eine Anzahl Abgeordneter ihrer großen Unzufriedenheit über die Thronrede des Sultans unverhohlen Ausdruck verlieh. Die nächste Sitzung der Kammer findet am kommenden Dienstag statt.

Die Sitzung der Kammer dauerte von 12½ bis 4 Uhr nachmittags. Gegen die Verlesung der Präsenzliste wurde vielfach Widerspruch erhoben, weil die Kammer noch nicht endgültig konstituiert sei.

Jeni Gazetta sind vom Kriegsministerium folgende Vorlagen genannt worden, die demnächst der Kammer vorgelegt werden sollen: Errichtung einer Nationalmiliz; Abänderung des Rekrutengesetzes und Ausdehnung der Heerespflicht auf Nichtmohammedaner; Reform des Pensionsgesetzes; Regelung der Besoldungen; Regelung der Beförderungsverhältnisse und Festsetzung einer Altersgrenze; Herabsetzung der aktiven Dienstzeit für die Dienstpflichtigen in Yemen, im Hedschas und in anderen entfernten Gebieten; jährliche Einberufung der Redifs und Reservisten zu Waffenübungen; Zurückberufung der nötigen in Deutschland dienenden Offiziere und alljährliche Entsendung von zehn Offizieren nach Deutschland; Bewilligung eines jährlichen Budgetkredits für alle Reformen.

Sofia, 20. Dezember. Die Blätter besprechen den Passus der türkischen Thronrede über die Proklamation Bulgariens und die Bezeichnung des Königs als Waffe von Ostrumelien unfreundlich. Einzelne Blätter nennen die Sprache der Thronrede rücksichtslos und gegen Bulgarien herausfordernd. Diese Sprache müsse eine Verständigung über die türkisch-bulgarischen Streitfragen erschweren. In offiziellen Kreisen scheint man die Sache ruhiger aufzufassen und ihr keine Bedeutung beizumessen. Man sucht sie mit den „parlamentarischen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19081221/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG